



Pressemitteilung vom 15. Februar 2018

## **Es ist noch nicht genug – Verbesserung der Grundversorgung für Wohnungs- und Obdachlose**

**Gerade im Winter sind wohnungs- und obdachlose Menschen besonders gefährdet, denn auf der Straße finden sie kaum Schutz vor der Kälte. Zwar versucht die Stadt durch die Öffnung einiger Flüchtlingsheime für zusätzliche Notschlafplätze zu sorgen, doch ist das längst nicht genug, um die Lebenssituation dieser Menschen zu verbessern.**

*Hannover* – Der Fraktionsvorsitzende der Fraktion Die FRAKTION und sozialpolitische Sprecher Julian Klippert sieht ein erstes großes Problem bei der Versorgungsfrage für Wohnungs- und Obdachlose schon in der Bürokratie: „Erste Hürden entstehen schon dadurch, dass viele verschiedene Ratsgremien und Verwaltungsebenen an den meisten Entscheidungen, die dieses Thema betreffen, beteiligt sind und zusätzlich noch mit diversen freien Trägern zusammenarbeiten. Deshalb ziehen sich notwendige Prozesse, die eigentlich schnell über die Bühne gehen sollten, oft unnötig in die Länge. Das passende Stichwort ist hier wohl Bürokratieabbau.“

Auf diese Art und Weise könnte wesentlich schneller reagiert werden, wenn Missstände deutlich werden. Es ist beispielsweise derzeit so, dass die medizinische Grundversorgung bei weitem nicht den vorhandenen Bedarf decken kann. Besonders der Sozialpsychiatrische Dienst braucht dringend Verstärkung, um allen Bedürftigen die nötige Betreuung zukommen zu lassen.

„Es ist ganz einfach so, dass es nicht ausreicht, nur für Verpflegung und Kälteschutz zu sorgen“, sagt Klippert, „Zur angemessenen Grundversorgung eines Menschen gehört noch mehr und ich denke, dass die Stadt Hannover das leisten kann und muss.“ Es fehlen unter anderem auch zusätzliche Orte zur Körperpflege, besonders solche, bei denen Wohnungs- und Obdachlose die Möglichkeit haben, ihren Besitz sicher zu verstauen. Bekannt ist nämlich, dass viele dieser Menschen vorhandene Angebote dieser Art häufig nicht nutzen, aus Angst, ihre Habseligkeiten zu verlieren, wenn sie sie unbeaufsichtigt zurücklassen müssen.

„Natürlich sollte das primäre Ziel sein, den Menschen wieder eine Wohnung zu vermitteln. Doch bis hierfür wieder mehr Wohnraum aus dem sozialen Wohnungsbau und/oder mit Belegschein zur Verfügung steht, müssen wir schauen, dass die Grundversorgung der Menschen sowohl in den Sammel- und Notunterkünften, als auch auf der Straße endlich gewisse Mindeststandards erfüllt“, fügt der baupolitische Sprecher Oliver Förste noch hinzu.

Die FRAKTION fordert daher in ihrem aktuellen Antrag die Verwaltung der Stadt Hannover dazu auf, zu prüfen inwiefern und an welchen Stellen Verbesserungen vorgenommen und wie Verwaltungsabläufe optimiert werden können.

Die FRAKTION  
Wagenerstr. 9 A  
30169 Hannover

[www.diefraktion-hannover.de](http://www.diefraktion-hannover.de)

Julian Klippert  
0511 168-318 32  
01520 49 27 352  
[klippert@diefraktion-hannover.de](mailto:klippert@diefraktion-hannover.de)